

Sessionsforum vom 12. Dezember 2015

Streichkonzert zum Legislaturauftritt

Die 50. Legislatur wurde im Bundeshaus mit einem Streichquartett eröffnet. Streichen ist tatsächlich angesagt. Der Nationalrat ist nach rechts gerückt. Das wird die Politik verändern.

Das Stöckli hingegen hat sich gegenüber den Wahlen 2015 kaum verändert. Früher war der Ständerat als konservativ und bewahrend bekannt. Heute wirkt er ausgleichend und korrigiert oft nationalrätliche Entscheide. Doch in Zukunft wird auch das Volk öfter korrigierend einwirken müssen. Die Alterspolitik 2020, wie sie im Ständerat mit Umsicht geschnürt wurde, droht im neu zusammengesetzten Nationalrat abzustürzen. Das Volk aber wird einer einseitigen Abbau-Vorlage an der Urne die rote Karte zeigen. Trotz der guten Vorlage und nach wohlwollender Beratung im Ständerat, droht ein erneutes Scheitern der Alterspolitik. Damit wären wir einmal mehr zurück auf Feld eins.

Die Nacht der stumpfen Messer

Die Abschiedsrede von Evelyne Widmer-Schlumpf war beeindruckend. Die umsichtige Finanzministerin führte durch turbulente Zeiten und bekräftigte trotz der Angriffe auf ihre Person, dass es zu unserem politischen System keine bessere Alternative gebe. Das Spiel mit Emotionen und Ängsten halte aber Einzug und zeige einschneidende Konsequenzen für unser Land.

Die Nacht der langen Messer vor den Bundesratswahlen blieb ruhig. Ein Trupp Schaffhauser SVP-ler fand sich schon am Vorabend in Bern ein und hoffte vergeblich auf einen Überraschungscoup. Das Dreierticket als Wahlvorgabe wurde zwar heftig kritisiert, aber letztlich akzeptiert. Nun hat die Partei erhalten was sie vorgab zu wollen. Ihre Parteistrategie war etwas gar durchsichtig. Die Kandidaten der lateinischen Schweiz wurden kaum wegen ihrer Fähigkeiten, sondern vielmehr als Werber für die eigene Partei auf das Ticket gesetzt. Das frustrierte zu Recht andere echte Kandidaten.

Ausschlussklausel scharf kritisiert

Unser Parlament hat als einziges weltweit die Kompetenz, die Landesregierung einzeln zu wählen. Gemäss Verfassung muss es das zum Wohle des Landes und ohne Weisung tun. Durch die SVP-Ausschlussklausel wurde das Parlament in der Ausübung seines Amtes eingeschränkt. Die Klausel verhindert, dass andere fähige Kandidaturen ins Spiel gebracht werden können. In der Vergangenheit war rund jeder fünfte Bundesrat ein wilder Kandidat. Davon betroffen war meist die SP. Alle Fraktionen kritisierten diese unschweizerische Klausel scharf und forderten deren Abschaffung. Die Wahlfreiheit des Parlamentes müsse respektiert werden, das Konkordanzsystem werde sonst ausgehöhlt. Das Argument, Francis Matthey sei 1993 zum Verzicht der Wahl gezwungen worden, hinkt. Er verzichtete auf Druck der Strasse. Nach Elisabeth Kopp, gab es mehrere Jahre keine Bundesrätin mehr. Als Matthey statt Christiane Brunner gewählt wurde, protestierten tausende Frauen mit Trillerpfeifen auf dem Bundesplatz. Der Protest war enorm und parteiübergreifend. Seither sind die Frauen im Bundesrat immer vertreten.

Frauenanteil halbiert

Im Jahr 2010/11 waren im Bundesrat die Frauen in der Mehrheit. Die Politik hat dadurch an Profil gewonnen, wurde versachlicht und keineswegs emotionaler. Zählt man den Bundeskanzler bzw. die Bundeskanzlerin auch zur Landesregierung, so wurde am letzten Mittwoch der Frauenanteil halbiert. In den nächsten Jahren müssen nebst dem Anspruch aus Schaffhausen und der Ostschweiz auch Frauen wieder den Weg in den Bundesrat finden und angemessen vertreten sein. Bundesratswahlen sind und bleiben die Quadratur des Kreises.

11.12.2015, Martina Munz